

Gastkolumne

Halt! Noch sind wir eine Demokratie

Unsere Demokratie wird von mehreren Seiten her ausgehöhlt. Dagegen gibt es ein Mittel: die Selbstbestimmungsinitiative



Paul Widmer

In meinen Kreisen, unter pensionierten Diplomaten, ist Feuer im Dach. Die E-Mails fliegen hin und her. Wie bei einer verheerenden Katastrophe die Bevölkerung zum Blutspenden aufgefordert wird, rufen zwei ehemalige Staatssekretäre dringend zu Geldspenden auf, um die brandgefährliche Selbstbestimmungsinitiative rigoros bekämpfen zu können. Sie sehen rabenschwarz für die Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Justiz und die humanitäre Tradition der Schweiz.

Wieder einmal kämpft die SVP allein gegen den Bundesrat, gegen die anderen Parteien und gegen die wichtigsten Verbände. Sogar die schwächelnde Economie-suisse, die in wichtigen Wirtschaftsvorlagen wie der Energiestrategie 2050 keine Meinung hatte und in der Aktienrechtsrevision kraftlos agiert, will sich ins Zeug legen. Die Kräfteverhältnisse sind eindeutig. Kann man da noch etwas bewirken? Vielleicht bewegt sich zu später Stunde doch noch etwas - wie beim Rahmenabkommen. Dort scheint die Linke endlich erkannt zu haben, dass man den Lohnschutz besser in Bern als in Brüssel regelt. Doch die flankierenden Massnahmen sind nur ein kleiner Brocken. In unseren internationalen Beziehungen steht viel mehr auf dem Spiel. Es geht um einen irreparablen Souveränitätsverlust.

Vielleicht dämmert das allmählich auch der Mitte und der Linken.

Endlich will eine Partei das Verhältnis von Landesrecht und Völkerrecht präzisieren, will der schleichenden Entmachtung der Stimmbürger einen Riegel schieben. Das ist bitter nötig. Denn unsere Demokratie wird von drei Seiten her ausgehöhlt.

Erstens dehnen Richter den Geltungsbereich von internationalen Verträgen immer weiter aus. Nehmen wir die Europäische Menschenrechtskonvention. Die Schweiz ratifizierte das Dokument 1974. Niemand hätte damals gedacht, dass die Menschenrechte dereinst Steuerfragen oder Leistungen von Krankenkassen umfassen würden. Doch mittlerweile befindet sich das Strassburger Gericht auch über solche Fälle. Man nennt das dynamische Rechtsprechung.

Die zweite Gefahr droht von einem Rahmenabkommen. Die Schweiz müsste so künftiges EU-Recht automatisch übernehmen und dessen Auslegung durch den EU-Gerichtshof akzeptieren. Der Stimmbürger hätte dazu nichts mehr zu sagen.

Das dritte Problem ist hausgemacht. Das Bundesgericht entschied 2012, die Rechtsprechung des Strassburger Gerichts generell höher zu gewichten als die Bundesverfassung. Man stelle sich vor: Vier Bundesrichter beschliessen, die Verfassung nicht anzuwenden. Das ist unerhört. Solche grundsätzlichen Entscheide stehen dem Volk und dem Parlament zu. Die Bundesrichter haben die Verfassung auszulegen, nicht abzuändern.

Nun haben wir also eine Vorlage. Sie möchte den Zustand wieder herstellen, wie er vor dem Bundesgerichtsentscheid von 2012 vorherrschte. Aber sie weist mit einer rückwirkenden Klausel Schwachstellen auf. Diese hätte man mit einem Gegenentwurf



Niemand hätte 1974 gedacht, dass die Menschenrechte dereinst Steuerfragen oder Leistungen von Krankenkassen umfassen würden.

eliminieren können. Leider boten Bundesrat und Parlament dazu nicht Hand. Wofür soll man sich jetzt entscheiden?

Was, falls die Initiative angenommen wird? Ist es um die Menschenrechte in der Schweiz geschehen? Nein. Alle Menschenrechte sind in unserer Verfassung garantiert. Und deshalb - nicht wegen der Menschenrechtskonvention - respektieren wir sie. Noch Zweifel? Dann machen wir die Gegenprobe. Die Schweiz hat fast als einziger Staat die Europäische Sozialcharta nicht ratifiziert. Sind deshalb die Sozialrechte bei uns weniger gut gewährleistet als ringsum?

Zur Economie-suisse: Sie behauptet, man müsste 600 Wirtschaftsverträge neu ausarbeiten - ein Horrorszenerario in der Tat. Aber wer soll das glauben? Das Personenfreizügigkeitsabkommen, ja, das müsste man neu aushandeln. Den Rest? Spitzfindigkeiten noch und noch.

Was für Vorteile brächte die Annahme? Eine Stärkung unserer direkten Demokratie. Wenn sich das Bundesgericht über die Verfassung hinwegsetzt, wenn das Parlament Volksentscheide - siehe Masseneinwanderung - nicht umsetzt, wenn der Bundesrat daran denkt, inskünftig EU-Recht unbesehen zu übernehmen, dann muss man deutlich sagen: Halt! Noch sind wir eine Demokratie. Was bei uns zählt, ist das, was bei einer Volksabstimmung herauskommt. Es gab schon immer Leute, die meinten, sie hätten mehr Rechte. Aber wir liessen uns weder vom Klerus noch vom Adel bevorzugen. Nun müssen wir uns gegen eine neue Kaste von Überheblichen wehren. Darum: Ja zur Initiative.

Paul Widmer war von 2007 bis 2011 ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat.



Medienkritik

Neuerdings bloggt auch Papa Staat



Ronnie Grob

Im März 2009 startete der «Tages-Anzeiger» das Mamablog. Über 2500 Postings von und über Mütter sind seither erschienen, seit 2012 bloggen auch Väter ihre Beiträge unter dem Titel Papablog, immer mittwochs. Heute hat das Blog rund eine Million Leser pro Jahr und ist «durchaus rentabel», wie Michael Marti, Leiter Digital Editorial Development von Tamedia, schreibt. Ein vom Publikum gut angenommenes Medienangebot, das auch noch Gewinn macht, welche Freude!

Aber Moment einmal. Sollte es nicht genau das Gleiche nochmals geben, finanziert von Steuergeldern? Das findet jedenfalls das Sozialdepartement der Stadt Zürich und hat diese Woche unter dem Titel «Papablog» ein Papablog lanciert: Der städtische Angestellte Morris Vock, Fachmann Betreuung und Student der Sozialen Arbeit, bloggt dort über das Leben mit seinem Sohn Pablo. Wie ein Subventionsantrag bestellt und ausgefüllt wird, ist gleich unter dem ersten Beitrag zu erfahren. Vock schreibt darin: «Weil unser steuerbares Einkommen unter 120 000 Franken liegt, durften wir einen Antrag auf Subventionen stellen.»

Das Papablog ist ein eher harmloses Beispiel dafür, wie der Staat funktionierende Geschäftsmodelle von Privaten mit dem Einsatz von Steuergeldern konkurrenziert. Aber der Trend ist offensichtlich: Nicht nur gebührenfinanzierte Medien konkurrenzieren die privaten Medien in immer neuen Bereichen, auch der Staat selbst bringt sich mit immer mehr Medienangeboten ein. Wahrscheinlich ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Stadt Zürich eine Sonntagszeitung herausbringt oder einen TV-Sender startet.

Eine klare gesetzliche Grundlage, die es steuerfinanzierten Betrieben erlaubt, sich im Medienbereich auszubreiten, gibt es nicht. Sie machen es einfach. Und niemand hindert sie daran. Die Steuereinnahmen sprudeln ja.

Ronnie Grob ist Redaktor beim «Schweizer Monat». (ronniegrob@gmail.com)

49 Prozent

Hausarbeit macht einfach Spass



Patrick Imhasly

Endlich versteht eine Frau die Männer: «Sicher ist, dass Männer kaum zu motivieren sind, wenn sie weiterhin in defizitären Kategorien wahrgenommen werden», schreibt die Schweizer Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm in ihrem neuen Buch. Und sie fordert: «Unsere Gesellschaft braucht eine nächste Phase der Emanzipation, und das ist eine Männerbewegung, ähnlich der feministischen Bewegung, aber mit dem Ziel, dass beide Partner endlich gleichberechtigt und ausbalanciert eine berufliche Laufbahn mit dem Familienleben vereinbaren können.» Das Buch von Margrit Stamm («Neue Väter brauchen neue Mütter») ist ein fulminantes Plädoyer für die Interessen

der Väter - ohne dabei je die Anliegen der Mütter zu verraten.

Die häusliche Verfügbarkeit des Vaters werde überbewertet, sagt sie - und räumt mit dem Mythos auf, dass Männer nur dann gute Väter sein können, wenn sie Teilzeit arbeiten. Und man nimmt dankbar zur Kenntnis, dass jedes Wochenende mit den Söhnen auf dem Fussballplatz zu stehen oder genügend Geld zu verdienen, um der Familie Ferien am Meer zu ermöglichen, in den Augen der emmeritierten Professorin auch eine bedeutungsvolle Art der Fürsorge darstellt. Stamm nimmt die Frauen in die Pflicht - zu Recht, denn gute Väter brauchen Frauen, die loslassen können und die die Männer selbst entscheiden lassen, ob sie die Kinder am Morgen mit einem Regenschutzhut aus dem Haus schicken oder nicht.

Was aber Margrit Stamm in ihrer Analyse zu wenig beachtet: Das wohl schlimmste Gift für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist die in unserer Gesellschaft so tief verwurzelte Geringschätzung des Dienstleistungsgedankens. Das gilt leider für die Männer ebenso wie für die Frauen. Männer geniessen es, Dienstleistungen in Anspruch zu

nehmen, tun sich aber schwer damit, solche selbst zu erbringen. So lassen sie sich liebend gerne zu Hause von ihrer Frau die Wäsche waschen, denken aber nicht im Traum daran, dass der Akt des Waschens ihnen selbst grosse Freude bereiten könnte, weil man damit die ganze Familie glücklich macht. Die Frauen ihrerseits beklagen sich ständig über ihre Kümmerarbeit in der Familie, die ihnen anscheinend wie ein schwerer Klotz am Bein hängenbleibt. Sie meinen damit beispielsweise Aufgaben wie das Managen der sozialen Kontakte oder das Organisieren von Kindergeburtstagen. Doch wie soll Familienarbeit gesellschaftlich jemals honoriert werden, wenn sie von den Frauen selbst in erster Linie als Übel betrachtet wird?

Mich schmerzt die Verachtung der Dienstleistungsarbeit, denn um genau das handelt es sich oft beim Wirken in den eigenen vier Wänden. Ich selbst verrichte gerne Hausarbeit, weil es mir Spass macht, ein Dienstleister zu sein. Sich an einem kommunen Wochentag zu überlegen, was man abends kochen will, dies mit Sorgfalt zu tun und so Frau und Kinder zu überraschen, gibt einem einfach ein gutes Gefühl. Und wenn man all



Wir benötigen in diesem Land dringend eine Kultur der Dienstleistung, die tief in Volkes Seele verankert ist.

die Dinge organisiert hat, welche die Kinder für den ersten Schultag nach den Ferien brauchen - vom Zirkel bis zur Zahnbürste -, darf man gewiss sein, dass man etwas im Dienste einer höheren Sache vollbracht hat.

Wir benötigen in diesem Land dringend eine Kultur der Dienstleistung, die tief in Volkes Seele verankert ist. Wir sollten unsere Kinder schon früh darin üben, anderen Menschen zu Diensten zu sein. Und wir sollten ihnen die Sinnhaftigkeit solchen Tuns vermitteln - zum Beispiel, indem wir sie einmal während der Schulzeit zwei Wochen lang zum Servieren oder als Küchen-Commis in ein Restaurant schicken. Gelingt uns dieser Kulturwandel, würden künftig Väter mit Vergnügen einen Teil ihrer Arbeitszeit im Haushalt leisten und die Frauen wären stolz darauf, besonders gut im Erledigen von Kümmerarbeit zu sein. Und vielleicht wäre dann auch die Schweiz als Ganzes ein bisschen weniger griesgrämig, nicht mehr so überheblich und würde Besucher herzlicher und offener empfangen.

Patrick Imhasly ist Redaktor im Ressort Wissen der «NZZ am Sonntag».